

# DSTG magazin

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
November 2006 · 55. Jahrgang

11



*EU-Kommissar Lazlo Kovacs (2. von rechts) bei der Eröffnung der 43. UFE-Komiteetagung in Brüssel.*

**UFE auf Wachstumskurs  
Für EU-Kommission ein starker Faktor**

**DSTG-Frauen fordern verbesserte  
Kinderbetreuung**

**Änderungsgesetze überrollen die  
Steuerverwaltung ohne Ende**



> Editorial

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit enormer Kraftanstrengung versucht die Koalition ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Trotz schwerer Bedenken in allen Fraktionen hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV – WSG) beschlossen. Das Gesetz soll in seinen überwiegenden Teilen am 1. April 2007 in Kraft treten. Der Entwurf umfasst mit Begründung 591 Seiten und wird, dessen bin ich sicher, nicht in der Form aus dem Bundestag herauskommen, wie er eingebracht wurde. Obwohl starke Kräfte, insbesondere in der SPD-Fraktion, vor allem das System der privaten Krankenversicherung ebnen wollten, bleibt es im Wesentlichen erhalten. Das Geschäftsmodell der PKV, das durch geschlechts- und altersbezogene Beiträge sowie die Bildung einer Altersrückstellung gekennzeichnet ist, bleibt in seinem System so erhalten. Durch eine neue Mitnahmemöglichkeit der Altersrückstellung der privaten Krankenversicherung im Umfang des Basistarifs sowie durch die Schaffung eines Basistarifs in der privaten Versicherung werden die Wahlwechselformen verbessert. Nach wie vor müssen wir auf der Hut sein, dass mit der Einführung des Basistarifs nicht auch die Beihilfegrundlage verschlechtert wird. Wir verfolgen diesen Punkt mit hoher Sensibilität und werden die parlamentarische Beratung dementsprechend beobachten.

Das Bundeskabinett hat ferner den Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Erleichterung der Unternehmensnachfolge beschlossen. Die Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer soll die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge verbessern. Bereits ab 1. Januar 2007 soll die auf produktiv eingesetztes Vermögen entfallende Erbschaft- und Schenkungsteuer über einen Zeitraum von 10 Jahren zinslos gestundet werden. Für jedes Jahr der Betriebsfortführung soll ein Zehntel der geschuldeten Steuer erlassen werden. Entscheidendes Kriterium für die Stundung bzw. den Erlass der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist, dass der Betrieb in einem vergleichbaren Umfang über 10 Jahre fortgeführt wird. Im Kern müssen nach dieser Bedingung auch die Arbeitsplätze des übertragenen Betriebs erhalten bleiben. Mit dieser 10-jährigen Überwachungsfrist und mit der Prüfung, ob die Unternehmensfortführung im vergleichbaren Umfang eingehalten wurde, kommt auf unsere Erbschaftsteuerstellen erhebliche Mehrarbeit zu. Wir werden im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens diese Konsequenz stark herausstellen und versuchen, die Regelungen praktikabel zu gestalten. Wann das Gesetz im Parlament verabschiedet wird, ist derzeit nicht absehbar. Die Finanzminister der Länder hatten wegen des ausstehenden Verfassungsurteils zur Erbschaftsteuer mit Mehrheit beschlossen, den Gesetzentwurf erst nach Bekanntwerden der Karlsruher Entscheidung und seiner Begründung auf die Reise zu schicken. Bundesfinanzminister Steinbrück geht den anderen Weg. Er beginnt das Gesetzverfahren mit der Einbringung eines Entwurfs der Bundesregierung und überlässt es dem Parlament, Vorgaben und Auflagen des Verfassungsgerichts im laufenden Gesetzgebungsverfahren entsprechend zu ergänzen und einzuarbeiten.

Eine Verfahrensweise, die es bisher noch nicht gab.

Ebenfalls verabschiedet wurde der Gesetzentwurf zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten. Damit setzt der Bund die Föderalismusreform in einem Teilschritt um. Mit dem Gesetz werden die Strukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung der Beamtenrichtlinien grundlegend festgelegt. Auf diese Weise soll die Einheit des Beamtenrechts und die länderübergreifende Mobilität im Interesse der Dienstherren und der Beamtinnen und Beamten gewährleistet werden. Obwohl dieser Gesetzentwurf in enger Abstimmung mit dem dbb erarbeitet wurde, sind nicht alle unsere Forderungen berücksichtigt. Der dbb wird sich daher im Rahmen der parlamentarischen Beratung um Nachbesserung bemühen.

Die Zeiten sind bewegt und unsere ganze Aufmerksamkeit ist gefordert.

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr*  
*Dieter Ondracek*

> Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de, **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender, **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de, **Fotos:** M. Darchinger, DSTG-Archiv, Fiegel, **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de, **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005, Nachdruck honorarfrei gestattet, **Gestaltung:** Marian Neugebauer, **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

**Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98, **Internet:** www.dbb.de, **E-Mail:** magazin@dbb.de, **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns, **Redaktionschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer, **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV, **Verlag:** dbb Verlag GmbH, **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503, **Versandort:** Düsseldorf, **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Internet** www.vva.de, **E-Mail** info@vva.de, **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann, **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07, **Anzeigentarif** Nr. 48 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2006, **Druckauflage** dbb magazin: 766.050 Exemplare (IVW 2/2006), **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91, **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG



- > UFE auf Wachstumskurs 4
- > DSTG Frauen fordern verbesserte Kinderbetreuung 6
- > Russische Gäste informieren sich in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle 8
- > Integration beginnt in kleinen Schritten 8
- > Personalbedarf für Arbeitnehmer-Veranlagung neu ermittelt 10
- > OFD-Präsidentin Andrea Heck soll in Karlsruhe Maßstäbe setzen 10
- > „Heiße Demo“ in Kiel 11
- > Änderungsgesetze überrollen die Steuerverwaltung ohne Ende 12
- > KONSENS-Seminar 13
- > Keine neuen Befugnisse für weniger qualifizierte Berater 14
- > Tauschcke/Ortsverbände 15

> dbb

- > Gesundheitsreform 17
- > Bürokratieabbau 18
- > Neues Tarifrecht auch für Azubis 19
- > Flugsicherung: Privatisierung gestoppt 20
- > Beamtschelte 20
- > Versorgungsfonds für Beamte 22
- > Finanzpersonal aufstocken 22
- > Umfrage zum Image des öffentlichen Dienstes 24
- > Die andere Meinung: Bildungspolitik – (Keine) Zeit zu verlieren 26
- > Der Beitrag öffentlicher Verwaltung zu mehr Wachstum und Beschäftigung: Standortvorteil in Zeiten der Globalisierung 28
- > dbb jugend feiert großes Jubiläum: 50 junge Jahre! 30
- > Shell Jugendstudie 2006: Besorgt, aber nicht entmutigt 33
- > Tacker 34
- > Mittagsgespräch mit Detlef Raabe, Bundesvorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) 38
- > 9. dbb bundesfrauenkongress 40
- > Online: Jugendsprache in digitalen Medien 42
- > Senioren: Generationskonflikt 44
- > Glosse 45
- > Interview mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 46

## UFE auf Wachstumskurs

# Für EU-Kommission ein

Im Zeichen der Vergrößerung stand die 43. Tagung des Komitees der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE). Die 1963 von Hermann Fredersdorf gegründete Union des Finanzpersonals in Europa, die schon bisher mehr als 350.000 Mitglieder in 40 Einzelgewerkschaften aus 20 Ländern vertritt, verzeichnet zahlreiche Neuaufnahmen. Die für den Steuerbereich zuständige griechische Gewerkschaft POE-DOY hatte ihre Aufnahme beantragt, die zweite große, im Zollbereich tätige Gewerkschaft O. S. Y. O. hat Interesse an einer Mitgliedschaft in der UFE bekundet. Antragsgemäß aufgenommen werden konnten auch die große spanische Gewerkschaft GESTHA aus dem Steuerbereich sowie die portugiesische Gewerkschaft Sindicato dos Trabalhadores dos Impostos (S.T.I.). Nachdem bereits die ungarische Steuerwerkschaft ADOSZT vor mehreren Jahren der UFE beigetreten war, konnte nunmehr auch die unabhängige Zoll- und Finanzwache Ungarns, also die Vertretung der Zollbeschäftigten, aufgenommen werden. Ebenfalls neu in der UFE ist die tschechische Standsvertretung der Zollbeamten, die Spolek celníku České republiky (SCCR). Dies zeigt, dass die UFE, die aktuell mehr als 400.000 Einzelmitglieder aus dem Steuer- und Zollbereich vertritt, auch die entsprechende Wertschätzung erfährt.

Highlight der Komiteesitzung war die Eröffnungsrede des für Steuern und Zollunion zuständigen EU-Kommissars Laszlo Kovacs, der sich außerplanmäßig nach seinem Referat die

Zeit nahm, den mehr als 100 Delegierten Rede und Antwort zu stehen.

Nach der Darstellung der aktuellen Zoll- und Steuerpolitik der Kommission ging Laszlo Kovacs intensiv auf die Anstrengungen zur Betrugsbekämpfung in Europa ein. Zu dem Thema Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung erläuterte er die Gründe, weshalb die Einführung des Reverse-Charge-Systems abgelehnt wird, und bezog in Übereinstimmung mit der UFE die Position, dass zunächst die Möglichkeiten des bisherigen Umsatzsteuersystems durch verstärkten Personaleinsatz und eine verbesserte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten genutzt werden müssen. Kovacs betonte, es sei ihm wichtig, zu den Delegierten der UFE als EU-Kom-

missar zu sprechen, da die in der UFE organisierten Mitglieder aus dem Steuer- und Zollbereich für die sachgerechte Umsetzung der EU-Normen in der Praxis von maßgebender Bedeutung seien, also über den Erfolg der Regelungen mitentscheiden.

Im Steuerbereich befasste sich das UFE-Komitee u. a. mit dem in den Niederlanden propagierten System der anerkannten Wirtschaftsbeteiligten, das vorsieht, dass Unternehmen, die einen Vertrag mit der Finanzverwaltung schließen, steuerliche Erleichterungen und den Verzicht auf Betriebsprüfungen erfahren. Es werde also der Servicegedanke vor dem Kontrollgedanken in den Mittelpunkt der Überlegungen gerückt. Die UFE ist hingegen der Auffassung, dass dieses

Modell ein Irrweg bedeutet, weil auf die Kontrolle nicht verzichtet werden könne, wie sich z. B. in Deutschland an dem Betriebsprüfungsergebnis im Jahr 2005 von 13 Mrd. Euro ablesen lasse. Durch den Fleischskandal in Deutschland werde deutlich, dass Unternehmen nur begrenzt vertraut werden kann, ihre Verpflichtungen in Eigenverantwortung tatsächlich einzuhalten.

Unter Hinweis auf die Arbeiten der Kommission an einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) forderte die UFE, auch die Einführung einer einheitlichen europäischen Bilanzierungsrichtlinie anzupacken. Man müsse sich vergegenwärtigen, dass unter Umständen für Unter-



Die Delegierten der neu beigetretenen Gewerkschaften aus Griechenland, Spanien, Portugal, Ungarn und Tschechien mit UFE-Präsident Dieter Ondracek und UFE-Generalsekretär Rafael Zender.

# starker Faktor

nehmen in einem europäischen Staat mehrere Bilanzen erstellt werden müssen, nämlich eine für die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage, eine nach IAS/IFRS, eine nach Handelsrecht und eine ggf. bei Tätigkeiten in den Vereinigten Staaten nach US-GAAP.

Außerdem wird von der UFE neben einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) zur Vermeidung von Steuerdumping ein Mindeststeuersatz für sinnvoll gehalten. Die Höhe dieses Mindeststeuersatzes müsse allerdings politisch entschieden werden.

Die Schwachstelle der europäischen Zins-Steuer-Richtlinie, die seit Juli 2005 in allen 25 EU-Mitgliedstaaten gilt, war ebenfalls Gegenstand der Diskussion im Komitee. Die Zinsrichtlinie soll sicherstellen, dass Anleger ihre in der EU erzielten Zinsen in ihrem Wohnsitzland versteuern. Entsprechende Regelungen gelten auch im Verhältnis zur Schweiz, Andora, Liechtenstein, Monaco und San Marino sowie zu den Kanalinseln, der Isle of Man und unabhängigen oder assoziierten Gebieten in der Karibik.

22 EU-Staaten tauschen seit dem 1. Juli 2005 Auskünfte über die Zinserträge von EU-Bürgern aus. Österreich, Belgien und Luxemburg beteiligen sich nicht an dem Auskunftsverfahren. Sie behalten eine niedrige Quellensteuer ein. Der Anleger bleibt anonym. 75 % der durch diese Quellensteuer erzielten Einnahmen erhält der Staat, in



Die Mitglieder des UFE-Zollausschusses beim Vortrag zur Produktpiraterie und Zigaretenschmuggel.

dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat.

Bei Zahlungseingängen aus Luxemburg von 48 Mio. Euro, Österreich (13 Mio. Euro) und Belgien (10 Mio. Euro) räumte Kommissar Kovacs ein, dass dieses Ergebnis nicht den Erwartungen entspreche.

Wegen zahlreicher Regelungslücken, die dem Anleger vielfältige Möglichkeiten bieten, die Zinsbesteuerung auf legalem Weg zu umgehen, z. B. durch andere Geldanlageprodukte, Gewinne aus kumulierten Fonds, Hedgefonds, Derivaten, Aktiengeschäften, „Ein-Mann-Fonds“ forderte die UFE die Kommission auf, sich verstärkt mit der Prüfung von planwidrigen Lücken zu befassen.

Die Absicht der Kommission, mit anderen Ländern Kontakte aufzunehmen, damit die Zins-einkünfte von EU-Bürgern auch in Hongkong, Singapur und Makao besteuert werden, begrüßte die UFE ausdrücklich. Kommissar Laszlo Kovacs erläuterte, die Kommission werde sich verstärkt um eine einheitliche Handhabung der Zinssteuer-

errichtlinie wie auch um ihre Fortentwicklung bemühen.

Begrüßt wurde vom Komitee die Neuauflage des Programms FISCALIS, das sich nunmehr FISCALIS 2013 nennt. FISCALIS ist ein „gemeinsames Aktionsprogramm zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme im Binnenmarkt“ und betrifft nunmehr – anders als dessen Vorläufer – neben den indirekten Steuern nunmehr auch die direkten Steuern. Das Programm ist vor dem allgemeinen Hintergrund der vereinbarten Lissabon-Strategie zu sehen, dass Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Jahren die größten Herausforderungen für die europäische Union darstellen. Das Programm 2013 soll durch die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen aktiv zur Verwirklichung dieser Strategie beitragen. Dazu sind u. a. Maßnahmen zur Organisation und Finanzierung multilateraler Prüfungen zur besseren Bekämpfung des grenzüberschreitenden Betrugs vorgesehen, wie auch die

Finanzierung und Verbesserung bestehender Kommunikations- und Informationsaustauschsysteme. Multinationale Seminare und die finanzielle und organisatorische Unterstützung von Austauschmaßnahmen von Beamten sind ebenfalls geplant.

Das Austauschprogramm als Teil des Gesamtprogramms FISCALIS soll den Teilnehmern ermöglichen, ihre derzeitigen beruflichen Aufgaben mit europäischem Bezug künftig besser und intensiver wahrzunehmen. Die vom jeweiligen Gastland organisierte Austauschmaßnahme dauert in der Regel 2 Wochen.

Kernpunkte der Erörterungen im Zollbereich waren die Zollbetrugsbekämpfung in Europa mit den Schwerpunkten Produktpiraterie und Zigaretenschmuggel, die Modernisierung des Zollcodex und die Einführung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft (Zoll 2013). Weitere Schwerpunkte waren der Aufbau von Informationstechnologien mit einheitlichen Standards für eine problemlose Kommunikation, für eine effiziente Zollabfertigung und risikoorientierte Kontrollen. Die UFE forderte neben dem Stopp des Personalbaus die Einführung von sozialen Mindeststandards bei organisatorischen Veränderungen, eine einheitliche Basisausbildung der Beschäftigten, die Errichtung einer europäischen Zollakademie für Führungskräfte, die Festsetzung verbindlicher Beschauquoten mit Sanktionsmöglichkeit, da diese weniger als 1 % der Einfuhren betragen sowie die verstärkte Einbindung der Zollverwaltung bei

der Durchsetzung der Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr (z. B. Rauschgift, Markenpiraterie, Gesundheits- und Verbraucherschutz) auf einem einheitlichen Niveau im Binnenmarkt, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Auf besonderes Interesse stieß die Powerpoint-Präsentation zum Thema „Produktpiraterie

und Zigarettschmuggel“, die der Präsident des Zollkriminalamtes in Köln, Karl-Heinz Matthias, ermöglicht hatte. Mit der von ihm entsandten Referentin, Frau Heike Barczyk, die Leiterin des Regional Intelligence Liaison Office for Western Europe (RILO WE) ist, hatten die Kollegen eine äußerst kompetente Gesprächspartnerin. In der Powerpoint-Präsentation wurden Erscheinungs-

formen, Ausmaß, Bekämpfung der Produktpiraterie und des Zigarettschmuggels in eindringlicher Weise erläutert. Neben den Sachthemen stand die Neuwahl des Präsidiums der UFE für die nächste 4-jährige Amtszeit auf der Tagesordnung. Mit 122 von 123 Stimmen wurde UFE-Präsident Dieter Ondracek eindrucksvoll für diesen Zeitraum bestätigt. Als Vizepräsidenten wurden Kolle-

ge Nico Goor (NL) mit 107 Stimmen, Kollege Jorn Rise Andersen (DK) mit 96 Stimmen, Kollege Frank Campbell (GB) mit 88 Stimmen, Kollege Giordano Schera (CH) mit 88 Stimmen und Kollege Serge Colin (F) mit 80 Stimmen gewählt. Kollege Klaus-Hilger Leprich, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Zollbeamten, wurde satzungsgemäß als Vizepräsident in das Präsidium kooptiert. ■

## DSTG Frauen fordern verbesserte Kinderbetreuung

6

Frauen

Im Vorfeld des dbb bundesfrauenkongress, an dem über 50 Delegierte der DSTG teilnahmen, fand die 74. Sitzung

der DSTG Bundesfrauenvertretung in Potsdam statt. Neben der Vorbereitung des Kongresses standen Themen wie El-

terngeld, die Veränderung der Gewährung des Kindergeldes und dessen Auswirkungen beim Beihilfeanspruch und die

allgemeinen Regelungen zu den Stufen der Entgelttabelle im Mittelpunkt der Sitzung. Damit die Neuregelung zum Elterngeld ein Erfolgsmodell werden kann, ist die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine zwingende Voraussetzung. Die Bundesfrauenvertretung fordert, dass ein Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren eingeführt und perspektivisch auf alle Kinder bis zur Einschulung ausgeweitet wird. Für Kinder bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr wird der Aufbau von Ganztagschulen angestrebt. Darüber hinaus soll gemeinsam mit den Bundesländern die Ausbildung von Erzieherinnen bis auf Fachhochschulniveau angehoben und die Umsetzung von Bildungs- und Erziehungsplänen durch flächendeckende Qualitätsinitiativen für Betreuungseinrichtungen verbessert werden. Die Bundesfrauenvertretung wurde vom Landesvorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg, Holger Büchler,



> Mit über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die DSTG mit der größten Personengruppe auf dem Kongress vertreten. Die 75. Sitzung der Bundesfrauenvertretung findet auf Einladung des Landesverbandes Saar im März in Saarbrücken statt.



> v. l. n. r.: Claudia Busch, Lilo Kasell-Monecke, Gabriele Kasper, Ursula Wagenblaß, Anna Scholz und Andrea Sauer-Schnieber. Für weitere vier Jahre wurde die bisherige Bundesvorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer am 6. Oktober 2006 vom dbb Bundesfrauenkongress in Potsdam in ihrem Amt bestätigt. Bei den Neuwahlen zur Geschäftsführung votierten die Delegierten mit knapp 89 Prozent für die amtierende Bundesvorsitzende, die gleichzeitig Ehrenvorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung ist.

begrüßt. Für die Bundesleitung nahm der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek teil. Während der Sitzung wurden langjährige Mitglieder verabschiedet. Lilo Kastell-Monecke hat sich fast 30 Jahre, Gabriele Kasper und Anna

Scholz haben sich 17 Jahre in der Bundesfrauenvertretung couragiert für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingesetzt. ■



> Die Vorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung, Andrea Sauer-Schnieber, gratuliert Helene Wildfeuer zur Wiederwahl. Fast 400 Delegierte sind in Potsdam zusammen gekommen, um unter dem Motto „Frauen – Fortschritt – Zukunft“ 180 Anträge zu beraten und Entschließungen zu verabschieden. Die DSTG-Bundesfrauenvertretung war aktiv bei der Gestaltung des Kongresses beteiligt. Die Kollegin Johanna Markl übernahm den Vorsitz des Tagungspräsidiums und die Kolleginnen Marianne Dennerlein und Doris Leuchtenberger waren im Wahlausschuss aktiv.



## Beamtendarlehen

# Schon ab 5,99 % Zins\*.

**Bis zu 60.000 EUR bei flexiblen Laufzeiten. Und zusätzlichen Sonderkonditionen für dbb-Mitglieder.**

Jetzt können Ihre Wünsche sofort wahr werden. Denn für Sie als Beamter oder unkündbarer Angestellter im öffentlichen Dienst geht das ganz einfach und schnell.

**Interessiert? Anruf genügt.**

(\*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren)

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG  
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg  
Telefon (09 11) 5 31-19 98, Fax (09 11) 5 31-44 39  
MboeD@nuernberger.de

**Drei starke Partner an Ihrer Seite:**

**DSL | Bank**  
Partnerbank der Finanzdienstleister

**dbb vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**



Beamten Lebensversicherung AG

# Russische Gäste informieren sich in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle

Im Rahmen einer vom Bundesministerium der Finanzen organisierten Veranstaltung zum Thema „Zusammenarbeit zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“ war auch die DSTG-Bundesgeschäftsstelle Anlaufpunkt für Funktionsträger des russischen Finanzministeriums. Die russischen Gäste wollten sich darüber informieren, wie die Lobbyarbeit in Deutschland, also die Einflussnahme auf Parlament und politische Entscheidungsträger, gestaltet wird. DSTG-Bundesgeschäftsführer und UFE-Generalsekretär Rafael Zender erläuterte die Notwendigkeit, die Ziele, Mittel und Wege der Einflussnahme auf politische Mandatsträger aus der Sicht einer Gewerkschaft. Zender unterstrich, dass nicht nur auf die Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen Einfluss genommen, sondern auch auf ein praktikables Steuerrecht hingewirkt werden soll. Das tägliche Handwerkzeug der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern müsse stimmen. Ebenfalls



> Die russischen Delegationsteilnehmer mit Bundesgeschäftsführer Rafael Zender (Bildmitte).

sei auf die soziale Symmetrie zwischen Arbeitnehmerinteressen und Unternehmensinteressen bei der Steuergesetzgebung zu achten. Bei der Schilderung der Öffentlichkeitsarbeit zeigten sich die russischen Gäste über die gro-

ße Medienpräsenz der Deutschen Steuer-Gewerkschaft überrascht. Die Zusammenarbeit in der Union des Finanzpersonals in Europa habe eine wichtige Funktion, informierte Zender die Gäste. In der UFE würden

die europäischen Regelungen im Steuerrecht kritisch begleitet. Ferner beobachtete man auch Organisationsveränderungen in den Steuer- und Zollverwaltungen, um Fehlentwicklungen in Deutschland zu verhindern. ■

## Integration beginnt in kleinen Schritten

Die Mitglieder der DSTG-Bundesleitung, Kollegen Dieter Ondracek und Joachim Rothe, sowie die Hauptvertrauensperson schwerbehinderter Menschen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Kollege Heinz Pütz, kamen am 23. Oktober 2006 in Berlin mit dem Bundesvorsitzenden des dbb, Kollege Peter Heesen, zusammen, um die Aspekte künftiger Behindertenpolitik im dbb zu eruieren (s. auch Foto auf S. 24 im dbb Teil dieses Magazins). DSTG-Chef Dieter Ondracek wies darauf hin, dass es seit geraumer Zeit innerhalb des DSTG-Bundeshauptvorstandes die Aufarbeitung dieser Thematik in kleinen Schritten zu realisieren gilt. Kollege Heinz Pütz machte deutlich, dass sich der dbb u. a. in Sachen Umsetzung des § 84 SGB IX (Prävention und

betriebliches Eingliederungsmanagement) sowie der zu erwartenden Leistungskomponente als Bestandteil des Entgelts bezogen auf Menschen mit Behinderungen deutlich positionieren müsse, damit z. B. ein ideeller Ausgleich einer Behinderung, d. h. die Verringerung der Arbeitsmenge, nicht zu einem negativen Status für Menschen mit Behinderungen führe. dbb Chef Peter Heesen versprach, dies zum Thema einer der nächsten Sitzungen der dbb Bundesleitung zu machen. Ein möglicher Weg sei die Bildung einer Arbeitsgruppe, die der dbb Bundesleitung konkrete Vorschläge zur Gestaltung und Umsetzung künftiger Behindertenpolitik unterbreiten könne. Außerdem wurde die Durchführung eines Bundes-Behindertenkongresses (Arbeitstitel) in den nächsten Jahren angeregt.

# Personalbedarf für Arbeitnehmer-Veranlagung neu ermittelt

Der Arbeitskreis Personalbedarfsberechnung (PersBB) des Bundes und der Länder hat in seiner Sitzung vom 26. bis 27. September die Ergebnisse seiner Unterarbeitsgruppe „Expertenschätzung zur Ermittlung von Zeitwerten für die Bearbeitung von Arbeitnehmerveranlagungen im Rahmen einer risikoorientierten Bearbeitungsweise“ gebilligt. In Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Beschäftigte, die Arbeitnehmer veranlagten, als Experten von insgesamt dreizehn Finanzämtern befragt worden.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat mit ihrem Arbeitskreis „Personalbedarf und Neue Steuerungsmodelle“ unter Vorsitz von Hans-Jürgen Schnieber diese Befragung in ihrer Vorbereitung und bei der Durchführung konstruktiv kritisch begleitet.

Am 29. September erläuterten Vertreter des Arbeitskreises Personalbedarfsberechnung



> Die Mitglieder der Arbeitsgruppe PersBB und Neue Steuerungsmodelle v. l. n. r.: Stefan Bayer, Johanna Markl, Hans-Jürgen Schnieber, Gerd Fleischhacker, Ursula Japtok, Joachim Rothe und Günter Martini

ung PersBB des Bundes und der Länder dem DSTG-Arbeitskreis auf einer Sitzung in Bonn-Bad Godesberg die ersten Ergebnisse. Nach Vorlage der Berechnungsgrundlagen und PersBB-Muster wird die Deutsche Steuer-Gewerk-

schaft diese Ergebnisse genau analysieren und bewerten. Hans-Jürgen Schnieber machte für die DSTG sehr deutlich, dass die sich abzeichnende geringe Zeitersparnis bei der Arbeitnehmer-Veranlagung

im Rahmen einer risikoorientierten Bearbeitungsweise zur Qualitätssteigerung führen müsse und keinen weiteren Personalabbau auslösen dürfe. Auf diesen Punkt werde die DSTG in Zukunft sehr aufmerksam achten. ■

## OFD-Präsidentin Andrea Heck soll in Karlsruhe Maßstäbe setzen

Als Präsidentin der Oberfinanzdirektion Karlsruhe ist Andrea Heck von dem Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus, am 5. Oktober 2006 in das neue Amt eingeführt worden. Für die DSTG gratulierte der stellvertre-

tende Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler. Andrea Heck war ab 1993 als Referentin in der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums tätig. Die Leitung des Generalreferats der Haushaltsabteilung übernahm sie 1998. Ab 2003 führte sie die

Zentralstelle, das Büro von Finanzminister Stratthaus. 2006 erfolgte ihre Bestellung zur Leiterin der Personalabteilung des Finanzministeriums. Am 5. Oktober 2006 wurde sie zur Chefin der Oberfinanzdirektion Karlsruhe ernannt. ■



> Andrea Heck

# „Heiße Demo“ in Kiel

An einem heißen Spätsommertag erlebte Kiel eine Demonstration, die es in dieser Größenordnung seit Jahren in der Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein nicht mehr gegeben hat. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten überhaupt noch nie eine Gesamtzahl von 13 000 protestierenden Kolleginnen und Kollegen auf die Beine gebracht. Die DSTG, für die Sönke Jessen auf dem Rathausmarkt sprach, bildete einen mächtigen weißblauen Block in dem


Schleswig-Holstein machten zusammen mit den Angestellten und Beamten anderer Verwaltungsbereiche deutlich, dass sie die Nase voll haben von der allgemeinen und überall sichtbaren Tendenz, die Bedingungen für den öffentlichen Dienst ständig zu verschlechtern. Kein Landesvater Peter Harry Carstensen ließ sich blicken, der sonst so gern ein Bad in der Menge nimmt und um Popularität bemüht ist. „Wortbruch“ wurde der Landesregierung vorgeworfen, die sich



> Wortbruch warfen die Demonstranten in Kiel der Landesregierung vor.

Zug der Demonstranten, in den sich Mitarbeiter aller Verwaltungsbereiche eingereiht hatten. Gemeinsam und einmütig trat man an, um die Landesregierung ultimativ aufzufordern: Stoppt den Trend! Diesen Slogan hatte sogar eine Band vertont. Der Song heizte die Stimmung zusätzlich an, soweit dies bei den Temperaturen noch möglich war. Die Mitarbeiter der großen Finanzämter in

an frühere Zusagen nicht mehr gebunden fühlt. „Wort halten oder Maul halten“ hieß es im Klartext auf den Plakaten und „Wir wehren uns“. Unter dem Versprechen „wir lassen uns nicht alles bieten“ machten die Teilnehmer und die Versammlungsredner deutlich, dass diese Demonstration nicht die letzte gewesen sein wird, falls die Landesregierung nicht einlenkt und ihren Kurs ändert. ■



## Kunde?

## König!

**Sparda-Banken**  
*freundlich & fair*  
Die Bank für Privatkunden  
[www.sparda.de](http://www.sparda.de)

---

**COUPON**

**Ja**, ich will Ihre Bank kennen lernen.  
Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zur SpardaBank ist einfach -  
Coupon ausfüllen und einwerfen an die Service-Agentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20 45.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)

50 11

# Änderungsgesetze überrollen die Steuerverwaltung ohne Ende

Entgegen allen berechtigten Mahnungen der Praxis ist der „Fleiß“ des Steuergesetzgebers ungebrochen. Allein sieben umfangreiche Änderungsgesetze sind von Berlin auf die Finanzämter heruntergeprasselt und müssen zum Leidwesen der Beschäftigten vollzogen werden. Viele der Kolleginnen und Kollegen stehen kurz vor der Resignation und verfolgen mit großem Unverständnis, dass die notwendige Einarbeitung in die komplizierter werdende Materie mit Stellenstreichungen in den Ländern „belohnt“ wird. Ein Schildbürgerstreich erster Ordnung!

Nun hat die Große Koalition zwei weitere – sehr umfangreiche und überaus komplexe – Entwürfe auf den Weg gebracht. Die beiden Entwürfe der Bundesregierung wurden im Rahmen einer Sachverständigenanhörung Mitte Oktober im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages begutachtet. Selbstverständlich war auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft eingeladen, um den Abgeordneten auf ihre Fragen die Antworten der Praxis zu geben. Die DSTG wurde in beiden Anhörungen durch ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler vertreten.

Zunächst stand der Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2007 auf dem Programm. Als so genanntes Omnibusgesetz enthält der Entwurf zahlreiche einzelne Änderungen des EStG, des KStG, des UStG, der AO, BewG sowie anderer Gesetze. So soll z. B. in § 50 b EStG ein Prüfungsrecht der Finanzbehörden beim Kreditinstitut hinsichtlich der Jahres-

erträgnisbescheinigungen eingeführt werden. Eigenthaler löste sichtbar Stirnrunzeln bei Bankenvertretern aus, da vermutlich zahlreiche Bescheinigungen aufgrund von Programmfehlern falsch sein dürften. Begrüßt wurde von der DSTG auch eine beabsichtigte rückwirkende „Reparatur“ bei der Regelung für Steuerstundungsmodelle. Aufgrund einer Gesetzeslücke sind bereits zigtausende neue Steuersparmodelle abgeschlossen worden, die die Allgemeinheit ohne eine Reparatur viele Millionen kosten würde. In der Anhörung erhob Eigenthaler schließlich die Forderung, dass zukünftig Masseneinsprüche in den Ämtern durch geeignete Instrumente – etwa einer so genannten Allgemeinverfügung – abgearbeitet werden müssten. Die DSTG begrüße Gesetzesän-

derungen in dieser Richtung nachdrücklich, da das Problem langsam unerträgliche Ausmaße annehme.

Noch komplizierter ging es zwei Tage später bei der Anhörung des Entwurfes eines „Gesetzes über die steuerlichen Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG)“ zu. Mit dem Gesetz soll nationales Steuerrecht an die jüngsten gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Vorgaben des europäischen Rechts angepasst werden. Unter anderem soll das gesamte Umwandlungssteuerrecht europatauglich gemacht werden. Ferner soll ein allgemeiner Entstrickungstatbestand (Entnahme mit Pflicht zur Sofortversteuerung) eingeführt werden,

wenn Wirtschaftsgüter die Grenze überschreiten. Forderungen der Wirtschaft nach Steuerstundungen trat der DSTG-Vertreter entgegen, da ein solches Konzept nicht zu administrieren und die Beitreibung der Steuern im europäischen Ausland nicht gewährleistet sei. Eher skeptisch beurteilte Eigenthaler deshalb auch, dass bei der geplanten Neufassung der Wegzugsbesteuerung in § 6 AStG ein solches Stundungsmodell (ohne Sicherheitsleistung!) propagiert werde. Andererseits begrüßte er aus Sicht des Praktikers die geplante Änderung des § 37 KStG, wonach Körperschaftsteuerguthaben ausschüttungsunabhängig in zehn gleichen Jahresraten ausbezahlt werden, wobei er die weiter gehende Forderung erhob, dies nicht als eigenes Antragsverfahren auszugestalten, sondern die Auszahlung im Wege der Körperschaftsteuerveranlagung mit zu erledigen. In einem abschließenden Plädoyer beklagte Eigenthaler die fehlende Harmonisierung des Ertragssteuerrechts in Europa, während sich andererseits die Wirtschaft immer mehr internationalisiere. Unterschiedliche Bemessungsgrundlagen und abweichende Steuersätze würden zur Gestaltungsakrobatik geradezu einladen. Dies sei volkswirtschaftlich unsinnig und sei allein durch ständiges Nachbessern der nationalen Steuergesetze nicht in den Griff zu bekommen. Der nationale Gesetzgeber greife immer häufiger ins Leere.

Interessierte Leser können die Protokolle auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter [www.bundestag.de/ausschuesse](http://www.bundestag.de/ausschuesse) abrufen. ■



# KONSENS-Projekt verspricht bessere Software als „FISCUS“

„KONSENS“ – Dieses geflügelte Wort – in großen Lettern zu schreiben – lockte nun bereits zum zweiten Mal eine Schar interessierter DSTG'ler zu einem dreitägigen Seminar in die dbb-Akademie in Königswinter. Unter dem Motto „Gut informiert ist schon halb gewonnen“ konnte der Seminarleiter, der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, sehr interessierte HPR- und BPR-Mitglieder aus fast allen Bundesländern begrüßen, unter ihnen auch mehrere Landesvorsitzende der DSTG. Die Erwartungen der Teilnehmer waren hoch, schon weil es der DSTG gelungen war, ein stattliches Programm mit hochkompetenten Referenten aus mehreren Bundesländern auf die Beine zu stellen.

KONSENS ist genau genommen in diesem Fall kein Wort, sondern eine Abkürzung. Es steht für „Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung“. Es ist das Nachfolgeprojekt zum Vorhaben FISCUS. Letzteres ist bekanntlich nach jahrelangen Anstrengun-

gen kläglich gescheitert. Im Gegensatz zu FISCUS, das „revolutionär“ angelegt war, versucht die Finanzministerkonferenz mit KONSENS einen evolutionären Ansatz. Ziel ist wiederum eine bundeseinheitliche Steuer-Software, nur der Weg soll ein anderer sein. Die Programmierverantwortung wurde in die Hände der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gelegt.

Jedem der geplanten großen Verfahren wurde ein eigener Seminarblock gewidmet und von den Referenten anschaulich und engagiert vorgestellt: Das Festsetzungsverfahren ELFE, das Erhebungsverfahren BIENE, das Verfahren Grundinfo und länderübergreifende Namensauskunft GINSTER/LUNA sowie das Verfahren SESAM, bei dem Steuererklärungen gescannt, archiviert und vollautomatisch bearbeitet werden sollen. Abgerundet wurde das Ganze mit einem Referat zu „Risikomanagementsystemen“.

Die Seminarteilnehmer würdigten die Projekte konstruktiv,



Die Teilnehmer des KONSENS-Seminars mit DSTG-Vize Thomas Eigenthaler (7. von rechts).

verständlicherweise aber auch kritisch, falls die Ergebnisse als Vorwand für blinden Personalabbau dienen sollten. „Freierwerbende Personalressourcen – so sie überhaupt real entstehen sollten – müssen in die Qualitätsverbesserung gesteckt werden“, war eine der Hauptforderungen. Auch der durch das kostspielige Scheitern des FISCUS-Projektes verursachte Vertrauensschaden klang immer wieder durch. Andererseits anerkannten die Teilnehmer die sichtbaren Bemühungen um eine straffere und ergebnisorien-

tiertere Organisation des neuen Projektes. Nach Ansicht der Zuhörer haben die Länder die Drohung des Bundes mit einer Bundessteuerverwaltung verstanden. Nach dem Motto „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ beschlossen die Seminarteilnehmer, KONSENS weiterhin konstruktiv zu begleiten. Sie regten dazu einmütig an, das Seminar auch im nächsten Jahr zu veranstalten. Inzwischen ist vorgesehen, das Seminar vom 8. bis 10. November 2007 in Berlin durchzuführen. ■

## Erfolgsmusical Starlight Express in Bochum

Starlight Express in Bochum ist das aktuell erfolgreichste Musical der Welt: Elf Millionen Besucher in 18 Jahren haben das spannende Wettrennen der internationalen Züge verfolgt! Selbst die Shows am Londoner Westend und New Yorker Broadway können da nicht mehr mithalten! Als Leser des dbb magazins erhalten Sie die Karten für die rasante Musicals-how um Lokomotive Rusty zehn Prozent günstiger. Rollschuhbahnen mitten durch Zuschauerränge und Parkett.

Grandiose Kostüme und Masken. Zaubrerhafte Balladen und mitreißende Songs. Atembe-

### Freikarten gewinnen!

Das dbb magazin verlost unter allen Einsendern fünf mal zwei Freikarten für Starlight Express in Bochum. Wie heißt die kleine Lok, um die sich in Starlight Express alles dreht? Schicken Sie einfach eine Postkarte oder E-Mail mit der richtigen Antwort und dem Betreff „Starlight Express“ an [magazin-redaktion@dbb.de](mailto:magazin-redaktion@dbb.de), dbb beamtenbund und tarifunion, Redaktion dbb magazin, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin. Viel Glück!

raubende Lichteffekte und bis zu 60 Stundenkilometer schnelle Darsteller. Das alles ist Starlight Express, der Musicalklassiker von Andrew Lloyd Webber.

Sichern Sie sich exklusiv ermäßigte Tickets, indem Sie bei der telefonischen Buchung unter Telefon 02 11/7 34 41 20 die Kunden-PIN 7752 angeben! Die Preise verstehen sich zuzüglich Vorverkaufsgebühr und zwei Euro Systemgebühr. Es gibt auch noch Ermäßigungen für Kin-

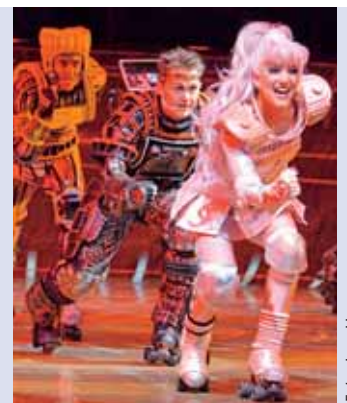


Foto: Jens Hauer

der, Schüler/Studenten, Senioren und Behinderte. Günstige Hotelübernachtungen sind ebenfalls über diese Hotline buchbar. Weitere Infos: [www.starlightexpress.de](http://www.starlightexpress.de) ■

# Keine neuen Befugnisse für weniger qualifizierte Berater

Im Vorfeld des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens wurde die DSTG zum 8. Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes von Seiten des Bundesministeriums der Finanzen angehört.

Der Schwerpunkt der Novellierung des Steuerberatungsgesetzes liegt in der geplanten Erweiterung der Befugnisse der Geprüften Bilanzbuchhalter und Steuerfachwirte um die Möglichkeit der Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen.

Die DSTG weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass mit dieser vorgesehenen Befugnisserweiterung auch weniger qualifizierten Personen das Recht zur Erstellung von Steuererklärungen eingeräumt werden soll.

Aufgrund der negativen Auswirkungen lehnt die DSTG eine solche Befugnisserweiterung mit Nachdruck ab, denn sie führt zu Mehrarbeit in der Steuerverwaltung, gefährdet in spürbarer Weise das Steueraufkommen und unterläuft den Verbraucherschutz.

## ► Befugnisserweiterung führt zu Mehrarbeit in der Steuerverwaltung

Bundesfinanzhof und Bundesgerichtshof haben in Urteilen festgestellt, dass es sich bei Umsatzsteuervoranmeldungen weder um reine mechanische Rechenwerke, noch um ein Abfallprodukt aus der erfassten Buchhaltung handelt. Vielmehr liegen vollwertige Steuererklärungen mit den sich daraus ergebenden Anforderungen und rechtlichen Konsequenzen, wie Richtig-

keit und Vollständigkeit der Erklärung oder deren termingerechte Abgabe, vor. Unabdingbar sind umfangreiche Kenntnisse des Umsatzsteuerrechtes – für eine ordnungsgemäße und korrekte Erstellung der Voranmeldung ist jedoch auch das Wissen aus anderen Gebieten des Steuerrechts sowie des Zivil- und Handelsrechts notwendig.

Die DSTG hat in ihrer Bewertung nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Steuerverwaltung ein originäres Interesse daran hat, dass Umsatzsteuervoranmeldungen korrekt und vollständig erstellt werden, denn nur dann ist das Massegeschäft der Umsatzsteuervoranmeldung von der Steuerverwaltung überhaupt zu bewältigen. Unkorrekte oder unvollständige Umsatzsteuervoranmeldungen können jedoch schnell zu erheblichen Steuerausfällen führen, da die Steuerverwaltung personell nicht in der Lage ist, jede Umsatzsteuervoranmeldung auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Die knappe Personalausstattung der Finanzverwaltung insgesamt erlaubt jedoch keine Umverteilung des Personals aus anderen Bereichen in das Fachgebiet Umsatzsteuer, um einem erhöhten Administrationsaufwand infolge falscher oder unvollständig erstellter Umsatzsteuervoranmeldungen zu begegnen.

Die DSTG weist nachdrücklich darauf hin, dass die Administration der Umsatzsteuer auch in Zukunft nicht zu Mehrarbeit in der Steuerverwaltung führen darf – damit

verbunden ist eine hohe fachliche Qualifikation der steuerlichen Berater sowohl auf dem Gebiet des Umsatzsteuerrechtes als auch in weiteren steuerlichen Bereichen.

Dieses umfangreiche und breit angelegte steuerliche Fachwissen wird jedoch weder Geprüften Bilanzbuchhaltern noch Steuerfachwirten in ihrer Ausbildung vermittelt. Nicht zuletzt deshalb hat die Bundesregierung – zuletzt im Jahr 2002 – als Ergebnis einer von ihr durchgeführten Untersuchung eine Befugnisserweiterung abgelehnt.

## ► Befugnisserweiterung gefährdet Steueraufkommen

Die Umsatzsteuer gehört in Deutschland zu den betrugsanfälligsten Steuerarten. Jahrelang ist das Aufkommen der Umsatzsteuer trotz positivem Bruttosozialprodukt gesunken. Hauptursache hierfür ist die bedrohlich wachsende Steuerhinterziehung in diesem Bereich. Die Bundesregierung hat das Problem des Umsatzsteuerbetruges erkannt und unternimmt derzeit große Anstrengungen, um diesen Missstand zu bekämpfen. Auch die Finanzverwaltung hat eine Reihe von strukturellen Veränderungen vorgenommen, um dem Problem der Umsatzsteuerhinterziehung zu begegnen. In diesem Zusammenhang steigen die materiell-rechtlichen Anforderungen an die Umsatzsteuervoranmeldungen und damit auch die Anforderungen an den steuerlichen Berater. Zur Sicherung des Steueraufkommens ist nicht vertretbar, die Befugnis zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldun-

gen auch weniger qualifizierten Personen einzuräumen. Es ist widersprüchlich, wenn einerseits die materiell-rechtlichen Anforderungen im Bereich der Umsatzsteuer für einen wirkungsvollen Kampf gegen Umsatzsteuerkriminalität und -betrug weiter erhöht werden, andererseits jedoch die Befugnisse zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen weniger qualifizierten Personen eingeräumt werden soll. Das Koppeln der Möglichkeit zum Fertigen einer Umsatzsteuervoranmeldung an eine abgelegte und bestandene zusätzliche Prüfung auf diesem Gebiet ist nicht ausreichend, denn hierbei handelt es sich lediglich um eine Aufbauprüfung auf dem Gebiet der Umsatzsteuer die nicht mit der Steuerberaterprüfung zu vergleichen ist.

Im Vorfeld der Beratungen zum Gesetzentwurf konnten von der DSTG erfolgreich restriktive Änderungen zu den Voraussetzungen für die Befreiung von der Steuerberaterprüfung verhindert werden. ■

**Beamendarlehen**  
Festzins ab 5,45% (Ges.Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über  
Lebensversicherung von  
5.000,- € bis 100.000,- €.
   
Auszahlung ab 100%.
   
Zins fest für gesamte Laufzeit:  
12-20 Jahre.

**effekt. Jahreszins ab 6,53%**

Bsp.: 30jähr. Beamter a.L., Laufz. 20 J.  
Zins 6,35%, 96%, Ausz. Effi. 6,97%  
€ 20.000,- mtl. Zins + LV € 179,40  
€ 90.000,- mtl. Zins + LV € 799,60

● **Verwendung der überschuß- und Gewinnanteile auch zur Laufzeitverkürzung möglich.**

Sonderkredit zum Ausgleich Ihres Girokontos bis € 10.000,- mtl. € 119,99. Laufzeit: 120 Monate effektiver Jahreszins: 6,99%.

● **Sonderkonditionen auch an Arbeiter u. Angestellte des ö. D.**

● günstige Hypotheken-Darlehen

Persönliches Angebot und Hotline  
☎ 044 08/93 82-0

*Schirmer & Partner*  
OHG Darlehensvermittlung  
27798 Hude · Lupinoweg 5  
Fax 044 08/93 82-19

WWW.SCHIRMERUNDPARTNER.DE

> TAUSCHHECKE

- Steuerinspektorin z. A. (A 9) aus Schleswig-Holstein (FM Kiel, Finanzamt Stormarn) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Versetzungsantrag ist bereits gestellt, Ringtausch ist auch möglich. Bitte meldet Euch beim DSTG magazin oder unter 01 62/2 01 11 37.
- Steuerinspektorin (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover, Finanzamt Oldenburg) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen (OFD Rheinland). Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Interessenten bitte beim DSTG-Magazin, im FA Oldenburg 04 41/23 83 46 oder 01 71/2 63 97 70 melden.
- A 11 aus Hessen (Darmstadt) sucht Tauschpartner im südlichen Rheinland-Pfalz (Germersheim) oder südlichen Baden-Württemberg (Karlsruhe, Rastatt). Kontakt bitte über 0 72 73/40 96.
- StOS'in (A 7) aus Schleswig-Holstein (FM Kiel, FA Rendsburg) sucht Tauschpartner/in aus NRW. Auch Ringtausch. Bitte meldet Euch dringend bei mir unter 01 77/6 35 23 58.
- Steueroberinspektor (A 10) aus Hessen (FA Offenbach-Stadt, OFD Frankfurt am M. sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus dem gehobenen Dienst (A 9– A 11) in Bayern (OFD München). Versetzungsantrag wurde gestellt. Ringtausch ist möglich. Tel. dienstl. 0 69/80 91 22 22 oder privat 0 61 88/9 14 10 35 und 01 79/5 22 15 67.
- StI'in z. A. (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Bayern, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 01 76/22 21 76 79 oder E-Mail: madelein609@aol.com
- StOI'in (A 10) aus Niedersachsen sucht dringend aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus Bayern, ggf. Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 05 11/2 34 68 62 oder 01 71/7 46 02 55.
- Steueroberinspektorin (A 10) aus Sachsen (FA Chemnitz-Süd, OFD Chemnitz) sucht dringend einen Tauschpartner aus Hessen (Rhein-Main-Gebiet). Auch im Ringtausch mit Bayern oder Baden-Württemberg. Der Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Kontakt unter 03 71/27 93 28 oder 01 74/9 75 46 27.
- Welcher A 9er (Steuerinspektor/in) aus Rheinland-Pfalz möchte nach Nordrhein-Westfalen wechseln? Telefon 01 63/1 82 88 93.
- StI A9 aus Baden-Württemberg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner aus Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Bitte meldet Euch: 07 11/5 40 77 77 oder 07 11/3 97 26 03 oder 01 72/7 48 89 07.
- Steuerobersekretär aus Schleswig-Holstein sucht einen Tauschpartner aus Niedersachsen. Bitte melden unter 0 17 3 / 17 35 66 8.
- Steuersekretärin (A 6) aus dem Saarland sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus NRW, OFD Rheinland/Abt. Köln oder aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Bad Neuenahr-Ahrweiler. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Ringtausch ist möglich. Bitte meldet euch unter 01 71/8 31 03 65.
- StS (A 6) aus Niedersachsen (Braunschweig) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Mecklenburg-Vorpommern. Auch im Wege des Ringtauschs. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter Telefon 01 51/19 12 39 70 oder 0 39 76/20 31 84.
- StAR'in (A 12) aus Schleswig-Holstein sucht Tauschpartner/in aus Bayern, Hessen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel. 01 63/9 86 62 97.
- StHS'in (A 8) aus Hessen (FA Frankfurt) sucht DRINGEND aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus Berlin oder Land Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter: 0 30/7 26 20 07 62 oder eli2001@gmx.de
- Steueramtfrau (A 11) aus NRW sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus Baden-Württemberg, ggf. auch aus Bayern. Ein Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Telefonisch bin ich unter 02 34/33 09 18 (AB) und 01 76/20 08 85 38 erreichbar.



> Ortsverband Merseburg in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle

Eine politische Bildungsreise in die Hauptstadt Berlin nutzte die Ortsgruppe der DSTG im Finanzamt Merseburg für den Besuch ihrer DSTG-Bundesgeschäftsstelle. Auch der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Günter Martini, fand Zeit, zu der Gruppe zu stoßen und für die Erörterung landesspezifischer Probleme zur Verfügung zu stehen. DSTG-Chef Dieter Ondracek erläuterte den Kolleginnen und Kollegen die besoldungsspezifische Situation nach der Föderalismusreform. Ondracek sprach auch die möglichen Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Beihilfe an und gab einen Ausblick auf die aktuellen steuerpolitischen Gesetzgebungsvorhaben. Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb Tarifkommission, Helmut Overbeck, informierte über den Stand im Tarifbereich, insbesondere über Planungen zur Umsetzung des TV-L.

**Lehrgänge zum Steuerberater in Düsseldorf**

Samstagslehrgang*	ab 19.5.2007
Dreimonatskurs*	4.6. – 24.8.2007
Crash-Kurs*	27.8. – 21.9.2007
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	1.4. – 15.9.2007

\*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, mündl. Vorbereitung

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht.

**STEUER-LEHRGÄNGE DR. STITZ**

DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STEUERN, RECHT & WIRTSCHAFT



**Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:**

Aktuelles Verfahrensrecht	18.11.2006
Steuerliche Überlegungen zum Jahresende 2006	16.12.2006
Aktuelles Bilanzsteuerrecht	20.1.2007

50476 Köln, Postfach 10 36 65  
Tel.: (02 21) 4 20 56 20  
Fax: (02 21) 4 20 56 11  
E-Mail: steuer@stitz.de  
Internet: [www.stitz.de](http://www.stitz.de)

Partner von Abels/Kallwas/Stitz  
Lehrgänge zum WP/vBP  
[www.aks-online.de](http://www.aks-online.de)